

Vorwort

Beinahe zwei Jahre nach Bekanntwerden des ersten Falles des SARS-CoV-2-Virus ist die hierdurch ausgelöste Pandemie noch nicht vorüber. Weltweit löste das Virus nicht nur eine medizinische Ausnahmesituation aus, welche die Gesundheitssysteme auf eine harte Probe stellte, sondern schuf auch gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Krisen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie versuchte der deutsche Gesetzgeber im Frühjahr 2020 mit großzügigen Rechtssetzungsmaßnahmen u. a. auf dem Gebiet des Insolvenzrechts, des Gesellschaftsrechts, des Mietrecht und des Steuerrechts zu begegnen. Im Mittelpunkt der „Pandemiegesetze“ stand die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht, welche nach mehreren Verlängerungen und Modifikationen Ende April 2021 auslief. Von der vielfach beschworenen „Insolvenzwelle“ ist bis heute zwar wenig zu sehen, gleichwohl sind die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie vielerorts deutlich spürbar und werden es noch lange Zeit sein. Die Fortgeltung vieler im Zuge der COVID-19-Pandemie eingeführten Vorschriften sowie die Nachwirkungen der außerkraftgetretenen Vorschriften wird die Rechtspraxis noch viele Jahre beschäftigen.

Insbesondere als Folge des dynamischen und unvorhersehbaren Pandemiegeschehens, haben die maßgeblichen Vorschriften sich seit Erscheinen der ersten Auflage zu einem regelrechten Flickenteppich entwickelt. Die zweite Auflage dieses Werks soll dem Leser als Werkzeug für die tägliche Arbeit dienen und bei Verständnis und Anwendung der zum Teil erheblich modifizierten Vorschriften behilflich sein. Das versierte Autorenteam aus Praktikern, welche die Vorschriften auch in der Praxis angewandt haben, hat auch in dieser Auflage keine Mühen bei der Überarbeitung und Neubearbeitung der praxisrelevantesten Vorschriften gescheut. Ich danke den BearbeiterInnen herzlich für den unermüdlichen Einsatz

Frankfurt am Main, Oktober 2021

Daniel Friedemann Fritz